

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 17

**Artikel:** Innenpolitische Entwicklungen in Osteuropa 1918-1948 3. Länder contra Nationen  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094717>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Laszlo Revesz  
Innenpolitische Entwicklungen in Osteuropa 1918–1948

## Länder contra Nationen

### Grossrumänien in der Zwischenkriegszeit

Die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg haben Rumänien wohl die grössten Gewinne gesichert. Obwohl bei Kriegsende geschlagen, konnte es von den ehemaligen Verbündeten, von denen es sich in letzter Stunde abwandte, grosse Gebiete erwerben: von Russland Bessarabien, von Ungarn Siebenbürgen und das Banat, von Oesterreich die Bukowina. Die Fläche des rumänischen Königreichs wuchs von 137 000 km<sup>2</sup> auf 249 000 km<sup>2</sup> an, derweil sich die Bevölkerung von 8 auf 16 Millionen verdoppelte.<sup>1</sup> Damit waren zugleich verschiedene Nationalitäten, Kulturen und Religionen, aber auch Regionen mit unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur, einem Staat zugeordnet worden. Das schuf grosse Probleme. Die Verfassung vom 28. 3. 1923 konstituierte zwar in der Form eines «einheitlichen und unteilbaren Nationalstaates» die rumänische Nation.<sup>1</sup> Art. 8 dieser Verfassung begründete die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller «Rumänen», stellte diesen aber in Art. 9 die «Fremden» gegenüber. Die stark entwickelte Zentralgewalt wurde erst 1929 zugunsten einer beschränkten Selbstverwaltung etwas gemildert.<sup>2</sup> Als herrschende Kirche wurde die Orthodox-rumänische Kirche bestimmt, die griechisch-katholische an zweiter Stelle hatte den Vorrang gegenüber den übrigen, nicht als rumänische Kirchen verstandenen Glaubensbekenntnissen, denen trotzdem die Gleichberechtigung zugesichert war.

Diese Ausgangslage und zum Teil auch die von den Türken übernommenen Bestechungspraktiken hemmten die innenpolitische Stabilisierung.

(Fortsetzung von Seite 3)

*sem Buch, ebenso wie die — à la Bunin elegischen — Gedanken über die rasch enteilende Zeit, das Abnehmen der Lebenskraft, den Tod.»*

Während die Natur plötzlich als Stetiges, Harmonisches entdeckt wird, bleiben die menschlichen Beziehungen rätselhaft. Alles in allem ist «Montauk» für Archipow «ein weiteres Kapitel jener Beichte eines Sohnes des Jahrhunderts, an der Frisch nun schon 40 Jahre schafft».

Naturgemäss bleibt diese «Beichte» mehr im privaten Bereich, umfasst keine ausführlichen gesellschaftlichen, ideologischen, politischen Stellungnahmen (die Frisch Ende der sechziger Jahre abgab, und zwar zugunsten der revoltierenden Studenten, zulasten der bürgerlichen Gesellschaft). «Doch auch hier (in «Montauk») kann man nicht umhin, (...) den unverfälschten Schmerz des Schriftstellers aus der Berührung mit abstossenden gesellschaftlichen Beziehungen zu spüren, die eine lebendige und heile menschliche Seele bedrücken, zerschlagen, verkrüppeln.»

Als Humanist (auch Lenin war einer!) ohne antitotalitäre feste Linie ist Frisch demnach empfohlener Autor, wenn er auch leider kein rechter Marxist-Sozialist ist — mit rosa Brille anstelle von Gantenbeins schwarzer ...

HTD

Mitte der 20er Jahre bestanden zwei politische Gruppierungen. Die erste entstand aus dem Zusammenschluss der Siebenbürger Nationalpartei mit mehreren kleinen Gruppen aus dem Regat (Alt-Rumänien in den Grenzen von 1914), die zweite war die altrumänische Bauernpartei.

Diese beiden Gruppierungen schlossen sich zur National-zarunistischen Partei (Nationale Bauernpartei) zusammen, welche in den Wahlen von 1928 77,9 Prozent der Stimmen errang.

Zwei Jahre später kehrte Prinz Karl aus der Emigration zurück, übernahm den Thron als König Carol II. und versuchte, die Parteien auszuschalten. Mit Hilfe seiner Geliebten, Mme Lupescu, damals intrigierender Bestandteil der rumänischen Monarchie, wurden erst die Bauernpartei und dann die Liberale Partei von Bratianu geschwächt.

Von 1931 an entstand zunächst im Untergrund eine rumänisch-nationalistische Extremistenorganisation unter dem Namen «Eiserne Garde», auf deren Terroranschläge der Hof mit Notstandsmaßnahmen antwortete. Nach den Wahlen von 1937 beauftragte der König den Führer des antisemitischen Flügels der National-Christlichen Partei, Octavian Goga, mit der Regierungsbildung, obschon er nur 9 Prozent der Stimmen erzielt hatte, gegenüber 38 Prozent der

früheren Regierungskoalition, 22 Prozent der Nationalen Bauernpartei und 16 Prozent der «Eisernen Garde».

Im Herbst 1937 wurde auf Veranlassung König Carols eine nationale Jugendorganisation «Schutz des Vaterlandes» gegründet, im Dezember die «Front der nationalen Wiedergeburt» mit einigen alten Politikern und Abtrünnigen der politischen Parteien, gedacht als Massenbasis für die königliche Diktatur. Im Februar 1938 festigte der König das autoritäre Regime. Eine neue Verfassung wurde bestätigt, das Parlament aufgelöst, die demokratischen Freiheitsrechte eingeschränkt. Kandidaten für politische Ämter konnten nur noch von der «Front der nationalen Wiedergeburt» aufgestellt werden.<sup>3</sup> Diese Organisation wurde 1940 in die «Nationalpartei» umgewandelt, und der König übernahm selber die Parteiführung.<sup>4</sup>

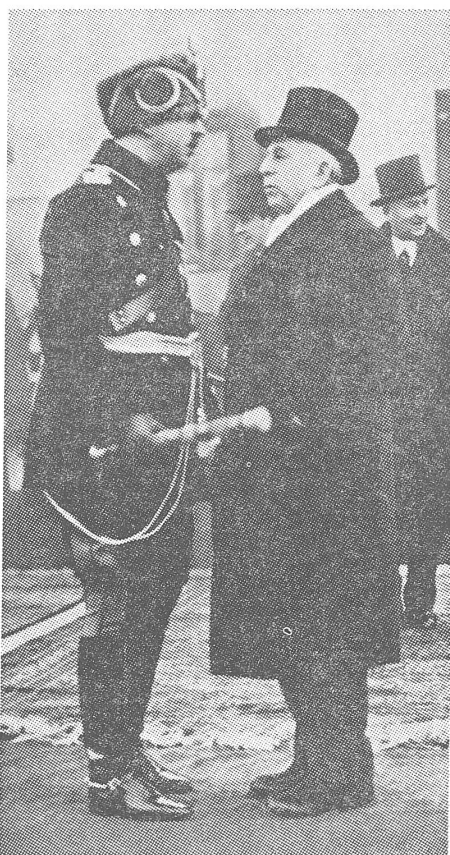
Im gleichen Jahr übernahm der hitlerfreundliche General Ion Antonescu die Macht als Staatsführer und zwang den König zur Abdankung. Antonescu ernannte den Führer der Eisernen Garde, Horia Sima, zum Vizeministerpräsidenten, zerschlug aber gleichzeitig die Eiserne Garde, die grosse Gebiete terrorisierte, und sicherte sich dadurch eine gewisse Popularität. 1941 stellte sich Rumänien an die Seite Hitlers und trat in den Krieg ein, um die 1940 an die Sowjetunion und an Ungarn abgetretenen Gebiete wieder zurückzugewinnen.

### Königreich Rumpfungarn

Anders verlief die Entwicklung im Verliererstaat Ungarn. Vom November 1918 an gab es die sogenannte Volksrepublik — vom 21. März 1919 bis 1. August 1919 hiess sie Räterepublik — unter der Führung des Kommunisten Bela Kun. Sie und ähnliche Erscheinungen im Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten Lenin auf die unmittelbar bevorstehende Revolution in ganz Europa hoffen lassen.

Mit französischer Unterstützung marschierten in Ungarn Rumänen, Jugoslawen und Tschechen ein, um dem Chaos ein Ende zu bereiten. Im Januar 1920 wurde eine Nationalversammlung gewählt, die alle Gesetze und Erlasse der Volks- und Räterepublik ausser Kraft setzte und an die vor 1918 bestehende Ordnung anknüpfte. Da die Ausübung der königlichen Rechte nicht gewährleistet war, schuf die Nationalversammlung ein Provisorium mit der Wahl eines Reichsverwesers, «bis die Rückkehr des Staatsoberhauptes möglich wird». Damit wurde praktisch ein Vizekönig gewählt und die Staatsform des Königreiches erhalten. Am 1. 3. 1920 wurde Admiral Horthy zum Reichsverweser erkoren. Dessen Rechte waren anfänglich sehr beschränkt; namentlich war er kein Gesetzgeber. Bis 1942 wurden jedoch seine Befugnisse mehr und mehr erweitert, so dass sein Status jenem eines Königs nahekam.

Ungarn wurde damit ein konservatives, auf ein recht gut funktionierendes Parlament abgestütztes Königreich ohne König, verwaltet von einem Admiral ohne Flotte. Organ der Gesetzgebung war bis 1926 die Nationalversammlung, von da an die aus zwei Kammern bestehende Landesversammlung. Das Wahlrecht wurde 1922, 1925 und 1938 abgeändert und leicht eingeschränkt. Im Jahre 1920 waren 40 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt, 1922 waren es 30 Prozent und 1926 nur noch 26,6 Prozent. Dann stieg die Zahl auf 29,4 Prozent 1931 und 33,8 Prozent



Carol II. und Octavian Goga

1935 an, um 1938 wieder auf 31 Prozent zu fallen.

Mitglieder des Oberhauses waren alle männlichen Nachkommen der ehemaligen Dynastie, die das 24. Altersjahr vollendet hatten, ferner Delegierte der Aristokratie, der Kirche (wobei die zwei Oberrabbiner 1940 ihrer Mitgliedschaft beraubt wurden) und der Lokalvertretungen. Der Reichsverweser konnte anfänglich 40, dann 50 Persönlichkeiten in das Oberhaus berufen.

Das politische Leben Ungarns zeigte im Unterschied zu allen andern ostmitteleuropäischen Staaten eine beachtliche Stabilität, die hauptsächlich der Autorität des Reichsverwesers zu danken war. Rechtzeitig hatte er die Pfeilkreuzler und andere rechtsextreme Gruppen zurückgedrängt. Die Regierungspartei erzielte bei allen Wahlen von 1920 bis 1939 komfortable absolute Mehrheiten.

Die ungarische Gesellschaft lebte im Zeichen der Irredenta. Die Rückgewinnung der Siedlungsgebiete Grossungarns war ihr wichtiger als das parlamentarische Spiel von Regierungs- und Oppositionspartei. Es gab keinen Staatsstreich und keine Diktatur, sondern ein konservatives, halbfeudales, vom Grossgrundbesitz und teilweise vom Grosskapital getragenes nationales Regime: eine Fortsetzung der Monarchie in kleinerem Rahmen. Ein grosses Problem für die 1920 knapp 8 Millionen Einwohner waren die von den Nachfolgestaaten gewaltsam ausgewiesenen rund 450 000 Magyaren, die nur mit Mühe integriert werden konnten.

#### Bulgarien: letztes Zarenreich

Wieder anders gestaltete sich die Entwicklung in Bulgarien. Dieses Land verlor durch das Abkommen von Neuilly 1919 insgesamt 11,278 km<sup>2</sup> (ein Viertel der Schweiz) an Jugoslawien und Griechenland.<sup>5</sup> Besondere Probleme stellte Mazedonien, das zu schweren innenpolitischen Krisen führte. Die mazedonischen Terroristen der IMRO (Innere mazedonische Revolutionsorganisation) mit Sitz in Sofia führte Terroranschläge nicht nur in Jugoslawien und Griechenland, sondern auch in Bulgarien selbst aus.

Im ersten Ministerpräsidenten Stambulijski (1919—1923) und in seiner Agrarpartei fand sich das alte Misstrauen der Bauern gegenüber der Stadt verkörpert. In ihrer antibürgerlichen Einstellung trafen sie sich mit der zweitgrössten Partei, den Kommunisten. In den Parlamentswahlen vom März 1920 erhielt die Agrarpartei 109, die BKP 50 Sitze von insgesamt 229. Da Stambulijski zudem einen modus vivendi mit Jugoslawien suchte, schlossen sich IMRO, Militärs, bürgerliche Parteien und konservative Kräfte zusammen und ersetzten mit einem Staatsstreich am 9. Juni 1923 die linke durch eine rechte Diktatur. Das Land geriet an den Rand eines Bürgerkrieges. Dem weissen Terror setzte 1926 Ministerpräsident Ljaptscheff von der Demokratischen Partei ein Ende.

Im Jahre 1931 bildeten verschiedene bürgerliche Parteien unter Einschluss des rechten Flügels der Agrarpartei einen Volksblock. Mittlerweile geriet Bulgarien in eine empfindliche Isolierung, als im Februar 1934 die Balkanentente zwischen Rumänien, der Türkei, Griechenland und Jugoslawien zustande kam. Nach einem Offiziersputsch am 19. 5. 1934 übernahm eine Militärregierung die Macht, die erneut eine Annäherung an Jugoslawien suchte. Doch spitzten sich die

Differenzen zwischen Regierung und Zar Boris III. so zu, dass der Zar im Frühjahr die Leitung der Staatsgeschäfte selbst übernahm und bis zu seinem Tod 1943 beibehielt. Die Einberufung eines Scheinparlamentes im Jahre 1937 änderte wenig an der königlichen Diktatur, die sich auf Beamtenkabinette, Bürokratie und Polizei abstützte.

Das Regime fand nach Kriegsausbruch durchaus Unterstützung bei der Bevölkerung, zumal Bulgarien durch den Vertrag von Crajowa am 7. 9. 1940 die Süddobrudscha von Rumänien zurückgewann und im Frühjahr 1941 Mazedonien und Westthrakien besetzen durfte. Dies als Gegenleistung für den mehreren deutschen Divisionen erlaubten Durchmarsch nach Jugoslawien. Nach dem Tode Zar Boris III. übernahm ein bedingungslos prodeutscher Regentschaftsrat die

Regierungsgeschäfte für den minderjährigen Simeon I.<sup>6</sup>  
(Fortsetzung folgt)

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Novejsaja istorija (Die neueste Geschichte). Redaktion V. V. Aleksandrov, Moskau 1972, S. 287 f.
- <sup>2</sup> Ernst Schmidt, Die verfassungsrechtliche und politische Struktur des rumänischen Staates in ihrer historischen Entwicklung, München 1932, S. 77.
- <sup>3</sup> Novejsaja istorija, S. 294 f.
- <sup>4</sup> A. A. Raz'kova, Rumynija nakanune vtoroj mirovoj vojny 1934—1939 gg. (Rumänien am Vorabend des Zweiten Weltkrieges 1934—1939), Moskau 1963, S. 267 ff.
- <sup>5</sup> G. P. Genoff, Das Schicksal Bulgariens. Sein Kampf gegen das Friedensdiktat von Neuilly, Berlin 1940, S. 73 f.
- <sup>6</sup> A. Helmstadt, Bulgarien-Rumänien, Hannover 1967, S. 29—34, und Novejsaja istorija, S. 296 ff.

#### Wichtige Neuerscheinung

Reihe **Weltwirtschaft und internationale Beziehungen**, herausgegeben vom Institut für Allgemeine Ueberseeforschung, Hamburg.

Diskussionsbeiträge Nr. 7

Farid Akhtarekhavari

## Die OPEC im weltwirtschaftlichen Spannungsfeld

Ein Beitrag zur Diskussion um die «neue Weltwirtschaftsordnung»

195 Seiten, Broschur, DM 22,—

ISBN 3 8039 0141 3

Seit der grossangelegten und erfolgreichen Aktion der OPEC-Staaten im Herbst 1973 hat die Diskussion um die sog. «Neue Weltwirtschaftsordnung» sehr an Intensität gewonnen. Nach den Resolutionen der UN, der «Gruppe der 77» u. a. hat sich auch die UNCTAD-Konferenz im Mai dieses Jahres in Nairobi mit diesen Forderungen befasst und auf konkrete Beschlüsse gedrängt. In diesem Nord-Süd-Dialog nehmen die OPEC-Länder eine bisher schwer definierbare Stellung ein. Einerseits sind sie zu Recht noch keineswegs der Gruppe der entwickelten Länder zuzuordnen. Auf der anderen Seite haben sie durch ihren Ressource- und Devisenreichtum ganz erheblich an wirtschaftlicher Macht und politischem Einfluss gewonnen. Sie sehen sich aber auch mit dem Dilemma konfrontiert, dass sie, um auch ihren realen Vorteil aus der Oelpreiserhöhung zu verteidigen zu können, weiterhin Preiserhöhungen vornehmen müssten. Damit wiederum setzen sie sich um so stärker von den Ländern der Dritten und Vierten Welt ab, die solche Möglichkeiten nicht besitzen. Die Verteidigung ihres Eigeninteresses und die Solidarität mit den übrigen Entwicklungsländern sind nicht leicht miteinander zu vereinbaren. Hier einen tragbaren Kompromiss zu finden, wird ebenso schwierig sein wie ein Ausgleich mit den ölverbrauchenden Industriestaaten. Die vorliegende Studie versucht, durch Aufzeigen alternativer Lösungsmöglichkeiten die Diskussion weiterzubringen.

Weltforum Verlag, Tintorettostrasse 1, D-8000 München 19